



Schnelle Hilfe, mehr Sicherheit

So lange, wie möglich in den eigenen vier Wänden leben. Auch in hohem Alter selbstständig bleiben. Das sind Wünsche, die fast jeder Mensch hegt. Zugleich wächst mit zunehmendem Alter die Sorge, in den eigenen vier Wänden in eine Notsituation zu geraten. Damit verbunden ist die Frage, ob man in einem solchen Moment in der

Lage sein würde, Hilfe zu holen, und ob diese Hilfe dann auch zügig da sein würde. Die Volkssolidarität bietet einen Not- und Servicruf an, der besonders für ältere, behinderte, aber auch chronisch kranke Menschen gedacht ist. Der Hausnotruf der Volkssolidarität sitzt in Schwerin für alle fünf neuen Bundesländer und ist rund um die Uhr besetzt und erreichbar. Viele tausend Menschen nutzen ihn.

Wie funktioniert das? Wer einen Vertrag abschließt erhält ein kleines Gerät, das mit einem Sensor ausgestattet ist und am Handgelenk oder als Kette um den Hals getragen werden kann. In einer Notsituation wird der Funksender gedrückt. Über ein in der Wohnung installiertes Notrufgerät wird aus der Zentrale Sprechkontakt mit der Person aufgenommen, die sich in einer Notsituation befindet. Bei der Installation des Hausnotrufes wird besprochen, welche Person oder Einrichtung im Falle eines Notrufes informiert werden soll. So kann schnell organisiert werden, dass diese Person oder eine Mitarbeiterin/ein Mitarbeiter der Einrichtung informiert wird und sich um Hilfe kümmert.

Natürlich kann der Notruf auch über das Telefon abgesetzt werden. Aber die kleine „Uhr“ am Handgelenk oder die Kette um den Hals sichert, dass man beispielsweise nach einem Sturz schnell um Hilfe bitten kann, auch dann, wenn man es nicht mehr bis zum Telefon schafft.

An die Notrufgeräte können weitere Geräte angeschlossen werden, die Sicherheit im häuslichen Leben geben: Bewegungsmelder, mit deren Hilfe festgestellt werden kann, in welchem Raum sich jemand befindet, Rauch-, Gas- und Wassermelder, die Havarien erkennen. Es wird nicht mehr lange dauern, dann werden die Hausnotrufgeräte auch im Freien benutzbar sein.

Die Dienstleistung der Volkssolidarität kostet monatlich 18,36 Euro, dazu kommt eine einmalige Anschlussgebühr von 10,49 Euro. Liegt eine Pflegestufe vor, übernimmt die Pflegeversicherung die Kosten.

Bei Interesse und weiteren Fragen oder wenn der Wunsch nach einem persönlichen Gespräch besteht, können Sie Kontakt aufnehmen.

Telefon: 0385/30 34 73 03

Mail: hausnotruf-nord@volkssolidaritaet.de

Postadresse: Landesverband der Volkssolidarität Mecklenburg-Vorpommern e.V. Gutenbergstraße 1, 19061 Schwerin

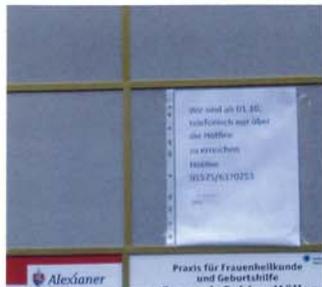


Abgespecktes Angebot

Zum 1. Juli haben die Alexianer St. Hedwig-Krankenhaus vom Klinikkonzern Sana die Trägerschaft für die Praxen im Haus der Gesundheit übernommen. Das neue Angebot nimmt sich bescheiden aus gegenüber der früheren Zahl an Praxen in diesem traditionsreichen Haus: eine Praxis für Allgemeinmedizin, eine Zahnarztpraxis, eine für Urologie und schließlich noch eine Podologin und ein Physiotherapeut. Das heißt: 13 Praxisräume sind noch leer.

Neben dem St.Hedwig-Krankenhaus in der Großen Hamburgerstraße in Mitte betreiben die Alexianer in Berlin noch das Krankenhaus Hedwigshöhe in Treptow.

Die Alexianer, benannt nach ihrem Schutzheiligen Alexius von Edessa, sind ein seit dem 15. Jahrhundert bestehender katholischer Orden. Der Orden betreibt weltweit Krankenhäuser, Senioren- und Behinderteneinrichtungen.



Alle waren froh und manche Blätter ebenso

Trübe war es am Tag des Herbstputzes. Doch das hielt die jungen und älteren Mieterinnen und Mieter der Mollgenossenschaft nicht davon ab, pünktlich ab neun Uhr zu Rechen und Laubsäcken zu greifen, um die kleinen Wäldchen vor und hinter den Blöcken zu fegen. Die eher ungemütliche Witterung trieb die Aktivisten offensichtlich an, so dass schon zwei Stunden später die Grünflächen gefegt waren, die Bratwürste auf dem Grill lagen, der Kesselgulasch vor sich hin dampfte und die Getränke - Brause, Bier, Glühwein - parat standen. Das allgemeine Palaver zwischen alten und neuen Nachbarn wurde begleitet durch die traditionelle Tombola, bei der niemand leer ausging.

Die Bäume rings um nicht alle kahl: Etliche weigerten sich, ihre Blätter abzuwerfen, trotzten den Rechen und wollten nicht erst in Laubsäcken und dann in den großen Containern zusammengepresst verschwinden, um dann schließlich in einer Großkompostieranlage zu enden.

Ziemlich vermischte Nachrichten

Auf- und abwärts

Die ersten neuen Fahrstühle in der Mollstraße 5, 6 und 8 sind fast fertig. Hier und da muss noch etwas verbessert oder ausgetauscht werden, aber grundsätzlich kann man davon ausgehen, dass irgendwann im nächsten Jahr wirklich alles fix und fertig ist.

Jetzt sollen, so schlägt es der Vorstand der Mollgenossenschaft vor, die Aufzüge in den Häusern 7, 9, 10 und 11 saniert werden. Das werden für diejenigen, die es sich nicht mehr zutrauen, Trepp-

pen zu steigen, harte Zeiten. Sie sollten sich rechtzeitig in der Nachbarschaft erkundigen, wer einem behilflich sein könnte oder der Verwaltung signalisieren, dass sie Unterstützung brauchen.

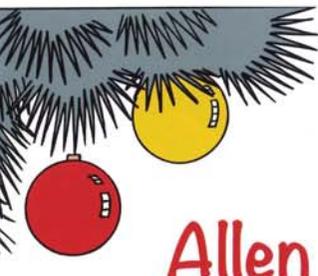
Alle, die gut zu Fuß sind, aber trotzdem bislang meist den Fahrstuhl benutzt haben, sollten schon jetzt mit dem Aufbautraining für das zu erwartende Treppensteigen beginnen.

Kleinreparaturen?

Immer wieder kommt es auch in der Mollgenossenschaft vor, dass Mieterinnen oder

Mieter wegen der Reparatur von diesem und jenem in der Wohnung die Verwaltung auffordern, die Kosten für die Reparatur zu übernehmen. Diese Forderung wird erhoben zumeist aus Unkenntnis über die Gesetzeslage, die es dem Vermieter, also der Mollgenossenschaft erlaubt, die Kosten sogenannter „Kleinreparaturen“ den Mieterinnen und den Mietern aufzuerlegen.

Voraussetzung dafür ist, dass der Mietvertrag einen entsprechenden Passus enthält. Mietverträge, die noch vor 1990 abgeschlossen worden sind, erhalten keine derartige Klausel und werden als



Allen
samt ihren Kindern und
Kindeskindern wünschen
wir ein friedvolles Weihnachtsfest
und einen guten Rutsch in das Jahr 2015.

Vorstand, Aufsichtsrat
und Verwaltung
der Mollgenossenschaft



Fortsetzung von Seite 1

Ausnahme von der Regel angesehen.

Als „Kleinreparaturen“ gelten nach den gesetzlichen Grundlagen die folgenden Instandsetzungsarbeiten: „Die kleinen Instandhaltungen umfassen nur das Beheben kleiner Schäden an Installationsgegenständen für Elektrizität, Wasser und Gas, den Heiz- und Kocheinrichtungen, den Fenster- und Türverschlüssen sowie den Verschlussvorrichtungen von Fensterläden.“

Nun ist Letzteres für die Wohnungen der Mollgenossenschaft irrelevant, aber jenseits davon gilt, dass Reparaturkosten an Installationsgegenständen, die dem häufigen Gebrauch unterliegen, von Mieterinnen oder Mietern zu begleichen sind. Nicht zu Lasten der Mieterinnen und



Mieter fallen Arbeiten an Gegenständen, mit denen die Mieterin oder Mieter so gut wie nicht in Berührung kommt. Das sind beispielsweise unter Putz oder im Schacht liegende Rohre sowie elektrische Leitungen bis hin zum Lampendeckenanschluss.

Die Kosten für die Beseitigung solcher Bagateltschäden oder Kleinreparaturen dürfen im Einzelfall den Betrag von ca. 75 bis 80 Euro und jährlich von sechs bis

acht Prozent der Jahresnettomiete nicht überschreiten. Von Vertrag zu Vertrag können diese Beträge leicht differieren.

Nicht als Kleinreparaturen gelten sogenannte Schönheitsreparaturen wie das Tapezieren und Anstreichen der Wände und Decken sowie das Streichen der Türen und Heizkörper einschließlich der Heizrohre. Diese Arbeiten gehen immer zu Lasten der Mieterin oder des Mieters.

Es werde Licht

Hinter den Haustüren der Genossenschaft beginnt bislang noch das Reich der nur leicht-lichten Dunkelheit unter einer eher funzligen Deckenleuchte, die bei den in dieses Reich Eintretenden leicht das Gefühl vermittelt, es möge bloß nicht noch schlimmer, noch dunkler werden.

Schluss damit. Das kleine Reich der Düsternis wird absehbar vertrieben durch den Einsatz sparsamer und lichtstarker LED-Leuchtkörper statt der schummrigen Glühbirnen.

Mit Spielzeug gegen Einbrecher?

Die Zahl der Wohnungseinbrüche steigt stetig. Bundesweit waren es im vergangenen Jahr rund 150 000, die Hälfte davon ereigneten sich am helllichten Tag. Dass gleich ganze Wohnungen ausgeraubt werden geschieht eher seltener. Die Regel sind Blitzeinbrüche, bei denen die Täter vorwiegend Wertsachen (Geld, Schmuck, Computer) mitgehen lassen.

Die steigende Zahl der Wohnungseinbrüche hat spitzfindige Unternehmen motiviert, allerlei Zeug auf den Markt zu bringen, das Einbrechern die Arbeit schwer machen oder sie gar abschrecken soll.

Da ist etwa ein Türstopper in Form eines Keils, der laute Geräusche macht, wenn die Tür nur einen Spalt geöffnet wird – er eignet sich also nur für Menschen, die ihre Wohnung grundsätzlich über den Balkon verlassen. Da gibt es einen elektronischen Wachhund, der mit Radarabstastung arbeitet. Wer ihm zu nahe kommt, der wird angebellt in einer Tonqualität, die keine Katze und keinen Menschen verschreckt.

Es gibt viele Produkte, die sich wegen der Angst vor Einbrechern verkaufen lassen, ohne dass der Einbruch auch tatsächlich verhindert wird.

Naiv ist auch der Glaube, man könne Wertgegenstände so verstecken, dass sie von Einbrechern nicht entdeckt werden. Denn Diebe sind gut geschult und bilden sich bei jedem Einbruch weiter fort.

Manch einer mag überlegen, ob er



sich einen Safe zulegt. Aber das hat auch seine Grenzen. Ein Safe sollte ein Mindestgewicht von 200 Kilo haben, damit er nicht zum Beutegut werden kann, und er frustet die Einbrecher, die im schlimmsten Fall durch die Suche nach dem Schlüssel oder dem Code die gesamte Wohnung auseinandernehmen.

Wer seine Wohnung sichern will gegen Einbrecher, der muss für einbruchhemmende Türen und Fenster ziemlich tief in die Tasche greifen.

Auch in Wohnungen der Mollgenossenschaften ist eingebrochen worden beileibe nicht nur durch einen Einstieg über die Balkone der Parterrewohnungen. Aufsichts- und Verwaltungsrad der Mollgenossenschaft werden in Kooperation mit der Wohnwerkstatt in naher Zukunft darüber beraten, wie die Sicherheit der Wohnungen verbessert werden kann. Mieterinnen und Mieter sollen nachts beruhigt schlafen und tagsüber ihre Wohnungen auch verlassen können.

Ab in die Grube

Die Geschichte ist schnell erzählt: Im Frühjahr teilten die Wasserbetriebe mit, dass sie auf dem Areal des Spielplatz am östlichen Ende des Mollstraßenblocks buddeln müssen. Bis zum 31. Oktober.

Das klang wie ein Versprechen, erwies sich aber als ein Versprecher.

Erst wurde das Areal eingezäunt. Damit war der Spielplatz gekillt. Und dann wurde – nachdem störendes Baumwerk gekappt war – eine tiefe Grube ausgebagert, die Grube wurde armiert, dann brachte man große Rohre in den Boden, verschweißte sie und dann bedeckte man die Grube unter Sand. So ruhte die Baustelle eine Weile. Dann kam der Bagger wieder zurück auf

die Baustelle und baggerte den Sand wieder aus der Grube, damit der Abwasserkanal eingemauert werden konnte. Das dauerte. Dann wurde in der ersten Hälfte des Novembers mit minimalem personellen Aufwand eine armierte Schalung auf dem Kanal errichtet, was darauf hindeutete, dass hier mit Beton ein Schacht gegossen werden sollte. Aber das war erst einmal nur eine Vermutung. Am 19. November rollte dann tatsächlich ein Betonlaster an und schüttete die Schalung voll mit der hellgrauen Pampe. Beton muss trocknen. 28 Tage lang, sagen die Fachleute. Dann aber ist erst einmal Weihnachten...

Merke: BER ist überall.

Parkplätze für Fahrräder?

Viele neue Mieter der Wohnungen der Mollgenossenschaft sind jung, umweltbewusst, haben Kinder und deshalb auch Fahrräder. Das schafft Probleme.

Im späten September haben Aufsichtsrat und Vorstand der Genossenschaft beschlossen, sich mit der Frage „Wohin mit den vielen Fahrrädern?“ zu befassen.

Mittlerweile hat die Verwaltung geprüft, ob es Keller in den Blöcken geben können. Die aber gibt es in hinreichendem Maße nicht. Was also tun?

Wer sein Fahrrad wirklich liebt – so eine Erfahrung aus Orten, wo viele mit Fahrrädern unterwegs sind –, der schleppt es notfalls auch in das oberste Stockwerk, stellt das Rad im Flur ab oder hängt es gar im Schlafzimmer an Haken, die es in vielerlei Formen, vom Fleischerhaken bis zum



gestylten Wandmöbel, und zu höchst unterschiedlichen Preisen gibt. Da ist es sicher.

Das sind Fahrräder an den Parkbügeln neben den Hauseingängen absolut nicht. Denn in Berlin und Brandenburg ist in den vergangenen Jahren die Zahl der gestohlenen Fahrräder stetig gestiegen, während deutschlandweit die Quote leicht rückläufig ist. Im vergangenen Jahr sind in Berlin 26513 Fahrräder



gestohlen worden. Sagt die polizeiliche Kriminalitätsstatistik. Gerade zwei Prozent der Diebstähle konnten aufgeklärt werden. Die Kriminalpolizei geht aber selbst davon aus, dass die Zahl der Diebstähle bedeutend höher ist, weil nicht alle Betroffenen auch Anzeige erstattet haben.

Bringt ja doch nichts, denken viele, weil sie wissen, dass die Hausratsversicherung nur dann greift, wenn das Fahrrad aus der Wohnung, dem abgeschlossenen Keller oder der abgeschlossenen Garage entwendet wurde. Denn nur dann, wenn man zusätzlich über die Hausratsversicherung den Diebstahl von Fahrrädern versichert hat, ist das Fahrrad auch während des Gebrauchs überall versichert – natürlich nur, wenn es ordnungsgemäß abgeschlossen ist. Aber wie kann man das beweisen, wenn nicht nur das Fahrrad, sondern auch noch das Schloss verschwunden ist?

Die Lage ist also ernst. Sie wird noch ernster, wenn man sich vergegenwärtigt, dass der Trend zu E-Bikes unübersehbar ist. Die kann und will man nicht einfach vors Haus stellen, ins oberste Stockwerk hochschleppen oder eine steile, schmale Kellertreppe hinuntertragen.

Bis zur Mitgliederversammlung im kommenden Jahr will die Mollgenossenschaft Vorschläge vorlegen. Warten wir es also ab.

Aber, nebenbei gesagt, gilt fast alles, was hier über Fahrräder gesagt ist, auch für Kinderwagen, Rollatoren etc.

Losung-Lösung, die Fünfte



Fakt ist: In der Stadt Berlin gibt es gut 98000 registrierte Hunde. Nach Schätzung der Umweltverwaltung hinterlassen die registrierten und die nichtregistrierten Hunde – 50000 sollen es sein – täglich 55 Tonnen Kot auf und an Straßen, Gehwegen und in Grünanlagen.

Die Ordnungsämter der Bezirke ahnden höchst selten eine hündische Ordnungswidrigkeit, die – je nach Bezirk – mit einem Verwarnungsgeld zwischen 35 und 50 Euro oder mit einem Bußgeld von 300 Euro belegt werden kann. Die Einnahmen der Ordnungsämter in diesem Bereich sind dann auch verschwindend gering.

Gering war auch die Resonanz auf die Initiative „Berlin Häufchenfrei“ für die Einleitung eines Volksbegehrens zur Minimierung der Hundekotbelastung. Die Initiative forderte, berlinweit 5000 Beutelständer aufzustellen und 60 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ordnungsämter einzustellen. Statt der erforderlichen 20000 Unterschriften kamen nur 5000 zusammen. Damit war dieses Volksbegehren gestorben. Was natürlich auch – deutlich gesagt – ein Scheiß ist.

